



## VERFAHRENSBEDINGUNGEN

### EUROPAWEITE AUSSCHREIBUNG

**Verpachtung Café-Restaurant im Kursaalgebäude Bad Ems & Übernahme Kursaal-Catering (Dienstleistungskonzession)**



## **Verfahrensbedingungen**

---

Die Vergabeunterlagen können unter der Internetadresse [www.dtyp.de](http://www.dtyp.de) unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden. Eine Registrierung der Bieter zum Abrufen der Unterlagen ist nicht erforderlich. Die vom Auftraggeber verwendete e-Vergabe-Plattform „DTVP“ bietet allerdings die Möglichkeit einer freiwilligen Registrierung an.

Registrierte Unternehmen erhalten systemseitige Mitteilungen, wenn zusätzliche Vergabeunterlagen oder Antworten auf Bieterfragen auf der Vergabeplattform zum Abruf bereitgestellt werden, sofern und solange das jeweilige Unternehmen noch am Vergabeverfahren beteiligt ist. Diese freiwillige Mitteilung befreit die Bieter nicht von ihrer Verpflichtung, die jeweils aktuellen Bekanntmachungen des Auftraggebers im Internet einzusehen und sich über den aktuellen Stand der Vergabeunterlagen zu informieren.

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter. Eine verkürzt angewendete Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt.

Die unbefugte Vervielfältigung, Umgestaltung, Bearbeitung, Vertreibung oder öffentliche Wiedergabe dieses Dokuments oder eines Teils davon ist strafbar. Ein Verstoß wird sowohl straf- als auch zivilrechtlich verfolgt.

© RSM Ebner Stolz Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft mbB



## Verfahrensbedingungen

---

### Inhaltsverzeichnis

1. Verfahrensart.....	5
2. Verfahrensablauf .....	5
2.1 Teilnahmewettbewerb (erste Stufe).....	5
2.2 Angebots- und Verhandlungsphase (zweite Stufe) .....	6
3. Teilnahmewettbewerb - Eignungsprüfung (aktuell) .....	6
3.1 Teilnahmebedingungen .....	6
3.1.1 Wirksame Gründung, Registereintragung, kein Tätigkeitsverbot .....	6
3.1.2 Abgabe des Teilnahmeantrags .....	6
3.1.3 Vertraulichkeit und Geheimhaltung .....	7
3.1.4 Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen .....	7
3.1.5 Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten .....	8
3.1.6 Änderungen von Teilnahmeanträgen/Nachreichen von Unterlagen.....	11
3.1.7 Entschädigung, Eigentumsübergang .....	11
3.1.8 Fragen der Bewerbenden und Bietenden .....	12
3.1.9 Bewerbende / Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen.....	12
4. Angebotserstellung (dient aktuell nur der Information) .....	16
4.1 Allgemeine Anforderungen an das Angebot.....	16
4.2 Geheimhaltung / Vertraulichkeit .....	18
4.3 Datenschutz .....	18
5. Vertragsbedingungen .....	19
5.1 Vertrag .....	19
5.2 Geheimhaltung / Vertraulichkeit .....	19
5.3 Datenschutz .....	20
6. Angebotswertung.....	20
6.1 Prüfung der Ausschlussgründe .....	21
6.2 Prüfung der Eignung der Bietenden .....	22
6.3 Prüfung der Angemessenheit der Preise.....	22
6.4 Wirtschaftlichkeit der Angebote .....	22
7. Nachprüfungsverfahren .....	23

# Staatsbad Bad Ems

**Verpachtung Café-Restaurant im Kursaalgebäude Bad Ems & Übernahme Kursaal-Catering (Dienstleistungskonzession)**



## **Verfahrensbedingungen**

---

7.1	Zuständige Stelle.....	23
7.2	Rügefristen .....	23
7.3	Rechtsgrundlagen (Auszug) .....	23
7.4	Fabrikations-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	26



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **1. Verfahrensart**

Es finden die gesetzlichen Regelungen, insbesondere die Bestimmungen der §§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe von Konzessionen (KonzVgV) Anwendung. Die zu erbringenden Leistungen werden als Dienstleistungskonzession gem. § 105 Abs. 1 Nr. 2 GWB vergeben.

Das gegenständliche Vergabeverfahren wird entsprechend § 151, 119 Abs. 5 GWB i.V.m. §§ 12 KonzVgV i.V.m. § 17 VgV als zweistufiges strukturiertes Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) ausgerichtet. Der Konzessionsgeber über die Angaben des § 151 S. 1-2 GWB hinaus das Verfahren zur Vergabe von Konzessionen frei ausgestalten. Der Konzessionsgeber darf das Verfahren an den Vorschriften der VgV zum Ablauf des Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ein- oder mehrstufig ausführen und mit den Bewerbenden und Bietenden Verhandlungen führen (§§ 12 Abs. 1 und 2 Konz VgV i.V.m. § 17 VgV, § 119 Abs. 5 GWB).

### **2. Verfahrensablauf**

#### **2.1 Teilnahmewettbewerb (erste Stufe)**

Auf der ersten Stufe wird die Bekanntmachung im EU-Amtsblatt bzw. zusätzlich in nationalen Bekanntmachungsportalen veröffentlicht. Interessierte können ab diesem Zeitpunkt sämtliche Vergabeunterlagen – mit Ausnahme der vertraulichen Anteile der Vergabeunterlagen – unter der angegebenen Internetadresse downloaden. Durch form- und fristgerechte Einreichung der ausgefüllten und an den entsprechenden Stellen unterschriebenen Teile der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb können Bewerbende einen Teilnahmeantrag einreichen. Nach Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit wird auf Grundlage der Angaben und Erklärungen die Eignung der Bewerbenden geprüft.

Die Konzessionsgeberin beabsichtigt

**mindestens drei und maximal fünf Bewerber**

nach den bekanntgemachten Anforderungen als geeignete Bewerbende auszuwählen, die zur Angebotsabgabe und Teilnahme an Verhandlungen für das nachfolgende Verhandlungsverfahren aufgefordert werden.



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **2.2 Angebots- und Verhandlungsphase (zweite Stufe)**

Auf der zweiten Stufe werden geeignete Bewerbende zur Abgabe eines Erstangebots und zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert.

Die Konzessionsgeberin wird mit den Bietenden Verhandlungen über die form- und fristgerecht eingegangenen Erstangebote führen. Die Bietenden erhalten im Rahmen der Verhandlungsgespräche die Möglichkeit einer Präsentation. Zudem sind Verhandlungen über Inhalt und Umfang der Leistungen sowie über die kommerziellen Aspekte vorgesehen. Die Konzessionsgeberin entscheidet im Anschluss an die Verhandlungsgespräche, ob die Vergabeunterlagen gegebenenfalls der nochmaligen Präzisierung und/oder Fortschreibung bedürfen. In diesem Fall werden sämtlichen Bietenden zeitgleich die aktualisierten Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Konzessionsgeberin behält sich ausdrücklich vor, eine oder mehrere weitere Angebots- bzw. Verhandlungsrunden durchzuführen. Abschließend reichen die Bietenden ihre verbindlichen Angebote ein. Auf dieser Grundlage wird die Konzessionsgeberin die Zuschlagswertung vornehmen und den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot gemäß den Vergabebedingungen erteilen.

### **3. Teilnahmewettbewerb - Eignungsprüfung (aktuell)**

Im Rahmen eines vorgeschalteten öffentlichen Teilnahmewettbewerbs können sich Interessierte um eine Teilnahme am Verfahren bewerben. Die Vergabestelle prüft in dem Wettbewerb die Eignung der Bewerbenden, die Teilnahmeanträge eingereicht haben und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs wird die Vergabestelle mindestens drei und maximal fünf geeignete Teilnehmende zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren auffordern, vgl. § 13 Abs. 4 KonzVgV.

#### **3.1 Teilnahmebedingungen**

##### **3.1.1 Wirksame Gründung, Registereintragung, kein Tätigkeitsverbot**

Jedes Unternehmen, das an dem Verfahren teilnimmt, muss rechtswirksam gegründet und – soweit vorgeschrieben – in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen sein. Die Tätigkeit darf nicht durch eine Behörde verboten worden sein. Dies wird durch die Abgabe des Teilnahmeantrags versichert. Weitere Nachweise sind nur auf besondere Anforderung der Vergabestelle vorzulegen.

##### **3.1.2 Abgabe des Teilnahmeantrags**

Für die Abgabe Ihres Teilnahmeantrags beachten Sie bitte Folgendes:



## Verfahrensbedingungen

---

Teilnahmeanträge können

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| • <b>elektronisch in Textform oder</b>                    | <input type="checkbox"/> |
| • <b>elektronisch mit fortgeschrittener Signatur oder</b> | <input type="checkbox"/> |
| • <b>elektronisch mit qualifizierter Signatur</b>         | <input type="checkbox"/> |

eingereicht werden.

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Dokumenteneinreichung rechtzeitig vor Ablauf der Abgabefrist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

### 3.1.3 Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln und bleiben Eigentum des Konzessionsgebers. Sie unterliegen dem urheberrechtlichen Schutz zugunsten des Erstellers.

Sie dürfen nur zur Erstellung eines Teilnahmeantrags oder Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – oder jede Nutzung für andere Zwecke ist ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Vergabestelle nicht gestattet.

Wird kein Teilnahmeantrag oder kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit der Bewerbenden, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen der Konzessionsgeberin. Das von den Bietenden beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle von den Bietenden im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten Unternehmen.

### 3.1.4 Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich die Konzessionsgeberin in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor. Solche werden allen Unternehmen auf dem gleichen Weg zur Verfügung gestellt wie die ursprünglichen Vergabeunterlagen. Alle interessierten Wirtschaftsteilnehmenden



### Verfahrensbedingungen

---

und Bietenden trifft daher die Obliegenheit, sich regelmäßig unter der mitgeteilten Internet-Adresse zu informieren, ob Aktualisierungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen verfügbar sind, und diese herunterzuladen (Holschuld). Registrierte Unternehmen werden automatisch über nach dem Zeitpunkt der Registrierung erfolgte neue Angaben der Konzessionsgeberin per E-Mail informiert. Es wird daher empfohlen, sich für das Verfahren unverzüglich zu registrieren.

#### 3.1.5 Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen des Vergabeverfahrens kann es dazu kommen, dass die Konzessionsgeberin bei den Bietenden Informationen abfragt, die personenbezogenen Daten nach Art. 4 Nr.1 der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden DSGVO) beinhalten. Im Rahmen ihrer Verfahrensbeteiligung obliegt es den Bietenden, die abgefragten Informationen bereitzustellen. Sofern diese Informationen nicht bereitgestellt werden, muss die Konzessionsgeberin die betreffenden Bietenden gegebenenfalls vom Vergabeverfahren ausschließen. Zur Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Konzessionsgeberin gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) und lit. e) DSGVO berechtigt. Die Konzessionsgeberin ist Konzessionsgeberin im Sinne des § 99 GWB und als solche gesetzlich verpflichtet, öffentliche Aufträge im Wege eines Vergabeverfahrens zu vergeben. In diesem Zusammenhang kann es insbesondere zur Prüfung der Eignung der Bietenden und der späteren Angebote erforderlich sein, personenbezogene Daten, z.B. die Namen und Kontaktdaten der Beschäftigten der Bietenden, abzufragen.

Mit der Einreichung von Unterlagen im Vergabeverfahren erklärt der bzw. die Bietende gegenüber der Konzessionsgeberin, dass bei der Weitergabe der Daten die Regelungen der DSGVO eingehalten werden und den Informationspflichten nach §§ 13, 14 DSGVO nachgekommen wird, insbesondere die betroffenen Beschäftigten über die Verarbeitung der Daten vorab informiert wurden und deren Einwilligung zur Datenverarbeitung eingeholt wurde. Dazu weist die Konzessionsgeberin auf Folgendes hin:

Die Konzessionsgeberin wird die übermittelten Daten nur für die Zwecke des Vergabeverfahrens verwenden, insbesondere die Prüfung und Wertung der Angebote, der Kommunikation mit den Bietenden, der Dokumentation, zu Statistikzwecken nach der Vergabestatistikverordnung, sowie bei den bezuschlagten Bietenden für die Zwecke der Vertragsdurchführung und Vertragsabwicklung. Dabei unterliegen die übermittelten Daten den Geheimhaltungsvorschriften des GWB und der KonzVgV.

Die Daten werden ausschließlich an Beschäftigte der Konzessionsgeberin sowie an vertraglich gebundene Beratungsunternehmen der Konzessionsgeberin, die mit dem Vergabeverfahren betraut und zur Geheimhaltung verpflichtet sind, weitergegeben.





## Verfahrensbedingungen

Die Konzessionsgeberin wird die Daten nur dann an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union (sogenannte Drittstaaten) übermitteln soweit dies

- a. zur Anbahnung oder Ausführung von Verträgen erforderlich ist (z.B. im Zusammenhang mit Zahlungen an Auftragnehmer mit Bankverbindung / Sitz im außereuropäischen Ausland),**
- b. es gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder**
- c. der bzw. die Betroffene der Konzessionsgeberin seine bzw. ihre Einwilligung erteilt hat.**

Darüber hinaus übermittelt die Konzessionsgeberin keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen.

Die Konzessionsgeberin verarbeitet und speichert die Daten nur soweit und solange es für die Erfüllung vertraglicher, gesetzlicher und behördlicher Pflichten erforderlich ist, insbesondere:

- a. Vergaberechtlich sind gemäß § 6 Abs. 3 KonzVgV die Dokumentation, der Vergabevermerk, die Angebote und ihre Anlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags aufzubewahren, mindestens jedoch drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.**
- b. Förderrechtlich können die Aufbewahrungspflichten variieren. In Fällen der Beschaffung im Zusammenhang mit EU-geförderten Programmen beträgt die Aufbewahrungsfrist in der Regel zehn Jahre nach Ablauf des Förderprogramms;**
- c. Handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten: Insbesondere nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) betragen zwei bis zehn Jahre;**
- d. Zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen. Die**



## **Verfahrensbedingungen**

---

**regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre;**

**e. zu Zwecken der Rechnungsprüfung.**

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig gelöscht.

Den betroffenen Personen stehen gegenüber der Konzessionsgeberin alle Ansprüche und Rechte nach den Art. 15 ff. DSGVO zu. Ebenso haben die betroffenen Personen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, Art. 77 DSGVO.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist die:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Postfach 30 40  
55020 Mainz  
Tel.: +49 (0) 6131 8920-0  
E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)

Die Konzessionsgeberin wird die Daten keiner automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – zuführen.

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten der EU sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Staatsbad Bad Ems GmbH  
Römerstraße 8  
D-56130 Bad Ems  
Telefon: +49 (0) 2603 – 9730  
E-Mail: [datenschutz@staatsbad-badems.de](mailto:datenschutz@staatsbad-badems.de)

Name und Anschrift des externen Datenschutzbeauftragten

Bastian Hoffmann  
Xpertus IT Systemhaus GmbH  
Telefon: bitte kontaktieren Sie mich unter der genannten E-Mail-Adresse  
E-Mail: [Datenschutz@staatsbad-Badems.de](mailto:Datenschutz@staatsbad-Badems.de)



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **3.1.6 Änderungen von Teilnahmeanträgen/Nachreichen von Unterlagen**

Die KonzVgV ermöglicht der Konzessionsgeberin das Verfahren zur Vergabe von Konzessionen frei zu gestalten. Die Konzessionsgeberin hat sich vorliegend dazu entschieden, die §§ 56, 57 VgV entsprechend anzuwenden:

Änderungen, Berichtigungen oder Ergänzungen der Teilnahmeanträge sind bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zulässig.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle gemäß § 56 Abs. 2, Abs. 4 VgV fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise sowie fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen bis zum Ablauf einer im Einzelfall zu bestimmenden, angemessenen Nachfrist nachfordern kann. Die Möglichkeit der Nachforderung steht im Ermessen der Konzessionsgeberin. Die Bietenden sollten daher im wohl verstandenen Eigeninteresse sämtliche Erklärungen und Nachweise bereits mit dem Teilnahmeantrag einreichen.

Angaben und Nachweise, die von der Vergabestelle nach Ablauf der Einreichungsfrist nachgefordert werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Angaben und Nachweise nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, im Falle von Zweifeln an den von den Bietenden gemachten Angaben oder vorgelegten Nachweisen Erläuterungen anzufordern. Insbesondere kann die Vorlage von Originalen verlangt werden, wenn Zweifel an der Echtheit von Dokumenten bestehen.

Des Weiteren behält sich die Konzessionsgeberin vor, Nachweise / Belege für abgegebene Eigenerklärungen zu fordern.

### **3.1.7 Entschädigung, Eigentumsübergang**

Für die Bearbeitung der Teilnahmeanträge und die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Entschädigung gewährt. Eingereichte Teilnahmeanträge samt Anlagen etc. gehen mit Eingang bei der Vergabestelle in deren alleiniges Eigentum über. Eine Rückgabe an die Bewerbenden bzw. Bewerbungsgemeinschaften ist ausgeschlossen.



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **3.1.8 Fragen der Bewerbenden und Bietenden**

Soweit im Rahmen der Teilnahmeantragserstellung Fragen zu den Unterlagen bestehen, ist unverzüglich die Vergabestelle bzw. die Konzessionsgeberin über die e-Vergabe-Plattform „DTVP“ zu informieren.

Rechtzeitig eingehende Fragen werden gesammelt und zeitnah in Form eines Fragen- und Antwortkataloges beantwortet. Die Fragen der Bietenden und die entsprechenden Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Die Antworten werden an alle Verfahrensteilnehmenden über die e-Vergabe-Plattform versandt. Bitte beachten Sie, dass zur Verständlichkeit der Antworten die zugrundeliegenden Fragestellungen in anonymisierter Form in der Regel ebenfalls an alle Verfahrensteilnehmenden versandt werden.

Die Fragen sollten daher so formuliert sein, dass ein Versand an die anderen Teilnehmenden ohne vorherige Überarbeitung möglich ist. Mit der Übersendung einer Frage genehmigen Sie eine entsprechende Bekanntgabe.

Sofern Gründe gegen eine Veröffentlichung bestimmter Daten / Informationen bestehen, teilen Sie diese bitte in der Frage ausdrücklich mit. Die Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlage und sind somit verbindlich für die Erstellung des Teilnahmeantrages bzw. des Angebotes, sowie die Prüfung und Wertung der eingegangenen Teilnahmeanträge bzw. Angebote. Antworten, die sich auf Vertragsbedingungen oder auf die Leistungsbeschreibung beziehen, werden zudem verbindlicher Vertragsbestandteil.

### **3.1.9 Bewerbende / Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen**

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Die Bietenden haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird die Konzessionsgeberin von den Bietenden den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Können Bietende diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben die Bietenden auf Verlangen der Konzessionsgeberin Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden sind.



### Verfahrensbedingungen

---

#### 3.1.9.1 Bewerbergemeinschaft

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen, soweit sie wettbewerbsrechtlich zulässig sind. Es gibt keine Vorgaben über die Rechtsform der Bewerbergemeinschaft. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gegenüber der Vergabestelle jedoch gesamtschuldnerisch für die Leistungserbringung.

Bewerbergemeinschaften haben ein Verzeichnis über die Mitglieder der Bewerbergemeinschaften mit Benennung der bevollmächtigten Vertretung der Bietergemeinschaft sowie eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaften rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung zu übergeben, aus der hervorgeht, dass die bevollmächtigte Vertretung der Bewerbergemeinschaften die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber der Konzessionsgeberin rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaften als Gesamtschuldner haften.

#### 3.1.9.2 Nachunternehmer

Unterbeauftragungen sind nach Maßgabe von § 33 KonzVgV zulässig. Für die Unterauftragnehmer gelten hinsichtlich der Eignung dieselben Anforderungen wie für die Bietenden. Unterauftragnehmer müssen über die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit verfügen und dürfen nicht nach den §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden sein.

Beabsichtigen Bewerbende, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so müssen sie die dafür vorgesehenen Teilleistungen/Kapazitäten in ihrem Teilnahmeantrag benennen. Die Bietenden haben auf gesondertes Verlangen die Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Sie haben den Namen, die gesetzliche Vertretung sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und die entsprechenden Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen. Nehmen Bewerbende im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Bewerbende haben andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.



### Verfahrensbedingungen

---

Berufen sich Bietende zum Nachweis ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten, zum Beispiel ihrer Muttergesellschaft, eines anderen verbundenen Unternehmens oder eines Nachunternehmers, so ist in diesem Falle die finanzielle Leistungsfähigkeit dieses anderen Unternehmens durch Vorlage der verlangten Unterlagen und Erklärungen darzulegen. Zusätzlich hat sich die Muttergesellschaft bzw. das andere Unternehmen zu verpflichten, für sämtliche finanziellen Verpflichtungen der Bietenden aus dem Auftrag einzustehen.

Teilnahmeanträge von Bewerbenden, die denselben Nachunternehmer benennen, werden zunächst gesondert behandelt. Nur der Vollständigkeit halber weist die Vergabestelle darauf hin, dass Angebote bei der späteren Wertung nicht berücksichtigt werden, die vorsehen, dass identische Leistungen durch denselben Nachunternehmer ausgeführt werden, es sei denn, dass die Leistungen des Nachunternehmers für die gesamte Leistung nur von untergeordneter Bedeutung sind oder alle betroffenen Bewerbenden zweifelsfrei nachweisen können, dass keine Wettbewerbsabsprachen vorgekommen sind.

Die Konzessionsgeberin weist alle Interessierten aber bereits jetzt ausdrücklich darauf hin, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, nur Nachunternehmer zu benennen, die den betreffenden Bewerbenden zusichern, für dieses Projekt exklusiv tätig zu werden.

#### 3.1.9.3 Darlegung der Bewerbereignung

Die geforderten Angaben und Erklärungen sind zur Beurteilung der vergaberechtlichen Eignung der Bewerbenden erforderlich und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist vorzulegen.

Beim späteren Verhandlungsverfahren findet eine Berücksichtigung der bereits festgestellten Eignung indes nicht mehr statt, sofern nicht neue Erkenntnisse die Vergabestelle dazu zwingen, die bereits festgestellte Eignung erneut zu prüfen und zu bewerten. Dabei kann es zu einer im Ergebnis abweichenden Eignungsfeststellung kommen. Die fehlende Eignung der Bewerbenden führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.

Bewerbende bzw. eine Bewerbungsgemeinschaft können sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten anderer rechtlich selbständiger Unternehmen, zum Beispiel Konzernverbundunternehmen, sogenannter Nachunternehmer (hierzu zählen auch freie Beschäftigte und gegebenenfalls Konzernverbundunternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihnen und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen.



## **Verfahrensbedingungen**

---

Er muss in diesem Fall bis zum Ablauf der Teilnahmefrist unaufgefordert nachweisen, dass ihm die erforderlichen Ressourcen bei dem Nachunternehmer zur Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen. Hierfür ist eine entsprechende Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erforderlich, die durch dieses Unternehmen auszufüllen und zu unterzeichnen ist. In diesem Fall ist eine Eigenerklärung der Bewerbenden nicht ausreichend. Dies gilt auch für Konzernunternehmen.





## **Verfahrensbedingungen**

---

### **4. Angebotserstellung (dient aktuell nur der Information)**

#### **4.1 Allgemeine Anforderungen an das Angebot**

Dem Angebot sind die übersandten Vergabeunterlagen nebst Anlagen einschließlich aller weiteren in diesem Vergabeverfahren übermittelten Unterlagen zugrunde zu legen. Die Verwendung selbst gefertigter Abschriften und Kurzfassungen ist aus vergaberechtlichen Gründen – sofern nicht ausdrücklich erlaubt – nicht zulässig.

Grundsätzlich werden die Vergabeverfahren elektronisch über die e-Vergabe-Plattform durchgeführt. Eine anderweitige elektronische Abgabe von Teilnahmeanträgen oder Angeboten (auch per E-Mail) ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des Angebotes.

Zur formgültigen Abgabe eines Angebots in Vergabeverfahren nach der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) und der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) ist die e-Vergabeplattform zu nutzen; es genügt die Textform nach § 126b BGB.

Angebote sind auf Basis des bereitgestellten Angebotsformulars zu erstellen. Angebote müssen eindeutige Angaben über Sie als Wirtschaftsteilnehmer enthalten (Firma inkl. Rechtsform, Adresse, Name der handelnden Person).

An den vorgegebenen Texten in den Vergabeunterlagen dürfen keine Zusätze angebracht oder Änderungen vorgenommen werden. Soweit Sie Erläuterungen zur Beurteilung des Angebots für erforderlich halten, sind diese auf einer gesonderten Anlage beizufügen.

Unzulässige Änderungen oder nicht vorgesehene Ergänzungen der Vergabeunterlagen führen zum Ausschluss des Angebotes. Allgemeine Geschäfts-, Liefer- oder Vertragsbedingungen der Bietenden werden nicht akzeptiert. Diese werden wie Änderungen bzw. Ergänzungen der Vergabeunterlagen behandelt.

Das Angebot muss vollständig sein. Unvollständige Angebote werden ausgeschlossen, sofern eine Nachforderung nicht zulässig ist.

Das Angebot muss den gesetzlichen Anforderungen sowie etwaigen behördlichen Vorgaben entsprechen.

Änderungen der Bietenden an ihren Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.





### Verfahrensbedingungen

---

Das Angebot ist – soweit nicht ausschließlich anderweitig zugelassen – in all seinen Teilen in deutscher Sprache abzufassen. Preise sind in Netto und Brutto anzugeben. Darüber hinaus ist der Umsatzsteuersatz anzugeben, sofern nicht anders vermerkt.

Bindefrist: Die Bietenden halten sich

☒ **3 Monate** ☐ **6 Monate**

nach Auslaufen der Angebotsfrist an sein letztverbindliches Angebot gebunden.

Die Konzessionsgeberin hat sich dazu entschlossen, dass die Angebote entsprechend § 55 Abs. 2 S. 2 VgV nicht im Beisein der Bietenden geöffnet werden.

Nebenangebote sind zugelassen:

**Ja** ☐ **Nein** ☒

Nebenangebote sind Angebote, die vom geforderten Angebot (Hauptangebot) abweichen, aber geeignet sind, das mit der Ausschreibung verfolgte Ziel zu erreichen. Nebenangebote sind gesondert zu erstellen und als „Nebenangebot“ deutlich zu kennzeichnen und zu formulieren. Im Angebotsformular ist auf die Nebenangebote und deren Anzahl hinzuweisen.

Mehrere Hauptangebote:

**Ja** ☐ **Nein** ☒

Es ist grundsätzlich nicht zulässig, mehrere Hauptangebote abzugeben. Sollten Sie dennoch mehrere Hauptangebote einreichen, werden alle Ihre Angebote von der Wertung ausgeschlossen. Sofern eine Abgabe mehrere Hauptangebote zugelassen ist, sind sie ausschließlich unter Einhaltung folgender Bedingungen zugelassen:

- Technisch verschiedene Hauptangebote: Weisen beide Hauptangebote im Vergleich zueinander technische Unterscheidungen auf, sind sie zulässig, soweit die Leistungsbeschreibung diesen technischen Spielraum überhaupt eröffnet hat (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 01.12.2012, Verg 34/12).
- Technisch identische Hauptangebote: Unterscheiden sich die Hauptangebote nicht inhaltlich technisch, ist die Abgabe mehrerer Hauptangebote unzulässig (vgl. OLG Naumburg, Urteil vom 27.11.2014, 2 U 152/13).



### Verfahrensbedingungen

---

- Technisch identische, lediglich preislich unterschiedliche Hauptangebote: Inhaltlich identische Hauptangebote, die sich nur in ihren Angebotspreisen unterscheiden, sind unzulässig.
- Inhaltlich unterschiedliche, aber nicht technisch verschiedene Hauptangebote: Ausgehend von der bisherigen Rechtsprechung, wonach nur technisch verschiedene Hauptangebote zulässig sind, erachtet die Vergabestelle technisch übereinstimmende, lediglich kaufmännisch verschiedene Hauptangebote für unzulässig.

Weist die Leistungsbeschreibung optionale Leistungsabfragen auf, werden Optionen entsprechend den vergaberechtlichen Anforderungen gewertet.

#### 4.2 Geheimhaltung / Vertraulichkeit

Die konzessionsnehmende Partei ist verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihr und ihren Beschäftigten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die Betriebe der Konzessionsgeberin bekannt werden, Stillschweigen zu wahren; insbesondere Informationen über amtliche Vorgänge der Konzessionsgeberin vertraulich zu behandeln und nicht für sich zu verwerten oder an Dritte weiterzugeben. Die Pflichten zur Vertraulichkeit bestehen auch über die Beendigung einer Konzession hinaus, sie trifft auch die Beschäftigten der konzessionsnehmenden Partei, die von ihr entsprechend zu verpflichten sind. Die konzessionsnehmende Partei hat alle ihr im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung zur Kenntnis gelangten Unterlagen und Daten gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte zu sichern.

Die ausgefüllte und unterzeichnete „**Vertraulichkeitsvereinbarung**“ wird Vertragsbestandteil und ist **nach Zuschlagserteilung auf Anforderung der Vergabestelle** einzureichen.

#### 4.3 Datenschutz

Werden der konzessionsnehmenden Partei zum Zwecke ihres Auftrages personenbezogene Daten übermittelt oder werden solche von der konzessionsnehmenden Partei selbst erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt, verpflichtet sich die konzessionsnehmende Partei, die Vorschriften jeweils geltenden Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des entsprechenden Landesdatenschutzgesetzes einzuhalten.

Sie verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich zu Zweck der externen Begleitung zu verwenden und nicht an Dritte zu übermitteln; angemessene technische und organisatorische Maßnahmen nicht nur für die Verarbeitung personenbezogener Daten in automatisierte Dateien, sondern auch für die Verarbeitung solcher Daten in



## **Verfahrensbedingungen**

---

nicht automatisierte Dateien und in Akten zu treffen, um den Zugriff Unbefugter zu verhindern.

Die Parteien verpflichten sich, gegenüber Dritten über alle ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit zur Kenntnis gelangenden geschäftlichen Vorgänge, insbesondere über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, absolutes Stillschweigen zu bewahren und diese nicht an Dritte weiterzugeben und/oder in irgendeiner Weise zu verwerten, es sei denn, es handelt sich um allgemein bekannte Tatsachen. Die Geheimhaltungsverpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Hinsichtlich der Geheimhaltungsverpflichtung gelten Beschäftigte der Parteien als deren Erfüllungsgehilfen im Sinne von § 278 BGB; die Parteien haben insoweit für das Verschulden ihrer Beschäftigten einzustehen. Werden Dritte zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen eingesetzt, ist mit diesem Dritten eine entsprechende Geheimhaltungsvereinbarung zu treffen.

## **5. Vertragsbedingungen**

### **5.1 Vertrag**

Die Vergabestelle schließt mit den obsiegenden Bietenden den beigefügten Vertrag (Anlage 3).

### **5.2 Geheimhaltung / Vertraulichkeit**

Die konzessionsnehmende Partei ist verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihr und ihren Beschäftigten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die Betriebe der Konzessionsgeberin bekannt werden, Stillschweigen zu wahren; insbesondere Informationen über amtliche Vorgänge der Konzessionsgeberin vertraulich zu behandeln und nicht für sich zu verwerten oder an Dritte weiterzugeben. Die Pflichten zur Vertraulichkeit bestehen auch über die Beendigung einer Konzession hinaus, sie trifft auch die Beschäftigten der konzessionsnehmenden Partei, die von ihr entsprechend zu verpflichten sind. Die konzessionsnehmende Partei hat alle ihr im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung zur Kenntnis gelangten Unterlagen und Daten gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte zu sichern.

Die ausgefüllte und unterzeichnete „**Vertraulichkeitsvereinbarung**“ wird Vertragsbestandteil und ist **nach Zuschlagserteilung auf Anforderung der Vergabestelle** einzureichen.



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **5.3 Datenschutz**

Werden der konzessionsnehmenden Partei zum Zwecke ihres Auftrages personenbezogene Daten übermittelt oder werden solche von der konzessionsnehmenden Partei selbst erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt, verpflichtet sich die konzessionsnehmende Partei, die Vorschriften jeweils geltenden Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des entsprechenden Landesdatenschutzgesetzes einzuhalten.

Sie verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich zu Zweck der externen Begleitung zu verwenden und nicht an Dritte zu übermitteln; angemessene technische und organisatorische Maßnahmen nicht nur für die Verarbeitung personenbezogener Daten in automatisierte Dateien, sondern auch für die Verarbeitung solcher Daten in nicht automatisierte Dateien und in Akten zu treffen, um den Zugriff Unbefugter zu verhindern.

Die Parteien verpflichten sich, gegenüber Dritten über alle ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit zur Kenntnis gelangenden geschäftlichen Vorgänge, insbesondere über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, absolutes Stillschweigen zu bewahren und diese nicht an Dritte weiterzugeben und/oder in irgendeiner Weise zu verwerten, es sei denn, es handelt sich um allgemein bekannte Tatsachen. Die Geheimhaltungsverpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Hinsichtlich der Geheimhaltungsverpflichtung gelten Beschäftigte der Parteien als deren Erfüllungsgehilfen im Sinne von § 278 BGB; die Parteien haben insoweit für das Verschulden ihrer Beschäftigten einzustehen. Werden Dritte zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen eingesetzt, ist mit diesem Dritten eine entsprechende Geheimhaltungsvereinbarung zu treffen.

## **6. Angebotswertung**

Die Prüfung und Wertung der Angebote gliedern sich in vier Stufen:

- 1. Prüfung der Ausschlussgründe (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 KonzVgV, § 154 Nr. 2 GWB i.V.m. §§ 123, 124 GWB)**
- 2. Prüfung der Eignung der Bietenden (§§ 25, 26 KonzVgV)**
- 3. Prüfung der Angemessenheit der Angebote (analog § 60 VgV)**
- 4. Wertung der Angebote zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes**



## **Verfahrensbedingungen**

---

**(§§ 31 KonzVgV i.V.m. § 152 Abs. 3 GWB)**

### **6.1 Prüfung der Ausschlussgründe**

Angebote werden auf Vollständigkeit sowie auf rechnerische und fachliche Richtigkeit geprüft. Es findet eine formale Prüfung statt, insbesondere ob

- 1. das Angebot form- und fristgerecht eingegangen ist,**
- 2. das Angebot unterschrieben ist,**
- 3. die geforderten Angaben und Erklärungen, Bestätigungen und Nachweise vorliegen,**
- 4. alle geforderten Preisangaben vorhanden sind,**
- 5. Änderungen an den Eintragungen der Bietenden zweifelsfrei sind,**
- 6. Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen worden sind,**
- 7. oder nicht zugelassene Haupt- oder Nebenangebote vorliegen.**

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen und Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, den die Konzessionsgeberin vorliegend zur Anwendung bringt, insbesondere:

- 1. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, die Bietenden haben dies nicht zu vertreten,**
- 2. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,**
- 3. Angebote, in denen Änderungen der Bietenden an ihren Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,**
- 4. Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,**



## **Verfahrensbedingungen**

---

**5. Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder**

**6. nicht zugelassene Nebenangebote.**

### **6.2 Prüfung der Eignung der Bietenden**

Alle im Rahmen der Eignungsprüfung der Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen, Nachweise und Bestätigungen sind mit dem Angebot vorzulegen, sofern sich Änderungen gegenüber dem Teilnahmewettbewerb ergeben. Ein Verweis auf frühere Angebote ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss aus dem Verfahren. Ergeben sich aus der Überprüfung der von den Bietenden vorgelegten Erklärungen, Nachweise und Bestätigungen für die Vergabestelle begründete Zweifel an der Eignung der Bietenden, erfolgt eine entsprechende Aufklärung. Ist das Ergebnis dieser Aufklärung nicht hinreichend, wird das von den Bietenden eingereichte Angebot von der weiteren Angebotswertung ausgeschlossen. Die berücksichtigten Eignungskriterien sind im Einzelnen in diesen Unterlagen beschrieben.

### **6.3 Prüfung der Angemessenheit der Preise**

Die Konzessionsgeberin verfährt analog § 60 VgV. Die Vergabestelle wird bei Aufklärung eines preislichen Missverhältnisses eine Preisprüfung durchführen und hierzu Unterlagen zur Angebotskalkulation von den betreffenden Bietenden anfordern. Mit aussagefähigen und nachprüfbaren Unterlagen ist die Kalkulation plausibel zu machen. Verweigern Bietende ihre Mitwirkung bei der Aufklärung, führt dies zum Ausschluss ihres Angebotes.

### **6.4 Wirtschaftlichkeit der Angebote**

Für einen Zuschlag kommen nur solche Angebote in Frage, die nicht auf den Stufen 1-3 ausgeschlossen werden mussten. Formell ordnungsgemäße Angebote geeigneter Bietender werden, sofern es keinen ungewöhnlich niedrigen Preis aufweist, sodann nach den Zuschlagskriterien der Vergabeunterlagen gewertet und gewichtet. Kriterien für die Wirtschaftlichkeit sind die Zuschlagskriterien, die die Angebote in eine Rang- und Reihenfolge bringen sind.

Kriterien für die Wirtschaftlichkeit ergeben sich aus Anlage 0.



## **Verfahrensbedingungen**

---

### **7. Nachprüfungsverfahren**

#### **7.1 Zuständige Stelle**

Ein eventueller Antrag auf Nachprüfung nach den §§ 155 ff. GWB ist schriftlich an die

<p>Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Stiftsstraße 9 55116 Mainz</p>
---

zu richten.

#### **7.2 Rügefristen**

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Beanstandungen im Hinblick auf das hiesige Vergabeverfahren die Bietenden Verstöße gegen Vergabevorschriften, die sie erkannt haben, gegenüber der Vergabestelle innerhalb von 10 Kalendertagen zu rügen haben und weiterhin Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in diesen Teilnahmeunterlagen für diesen Teilnahmewettbewerb oder den Vergabeunterlagen zur Abforderung sogenannter indikativer Angebote (Erstangebote gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 VgV) erkennbar sind, von den Bietenden spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe der indikativen Angebote gegenüber der Vergabestelle zu rügen sind (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 2 und Nr. 3 GWB), damit die Bietenden für den Fall, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer anstreben können.

Sofern die Vergabestelle einer Rüge nicht abhilft, können die betreffenden Bietenden nur innerhalb von längstens 15 Kalendertagen nach Eingang des Antwortschreibens diesbezüglich ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer einleiten (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich aus § 160 Abs. 3 GWB. Soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Konzessionsgeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig.

#### **7.3 Rechtsgrundlagen (Auszug)**

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:



## **Verfahrensbedingungen**

---

### *§ 134 Informations- und Wartepflicht*

*Öffentliche Konzessionsgeber haben die Bietenden, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerbende, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bietenden ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Konzessionsgeber; auf den Tag des Zugangs bei den betroffenen Bietenden und Bewerbenden kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Konzessionsgeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauten Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte*

### *§ 135 Unwirksamkeit*

*Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Konzessionsgeber*

*1. gegen § 134 verstoßen hat oder*

*2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,*

*und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bietenden und Bewerbenden durch den öffentlichen Konzessionsgeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat die Konzessionsgeberin die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung*





## **Verfahrensbedingungen**

---

*der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.*

*Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn*

- 1. der öffentliche Konzessionsgeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,*
- 2. der öffentliche Konzessionsgeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und*
- 3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.*

*Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Konzessionsgebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung der Konzessionsgeberin, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.*

### **§ 160 Einleitung, Antrag**

*Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

*Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

*Der Antrag ist unzulässig, soweit*

*der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Konzessionsgeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*



## **Verfahrensbedingungen**

---

*Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Konzessionsgeberin gerügt werden,*

*Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Konzessionsgeberin gerügt werden,*

*mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Konzessionsgeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

*Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

Die Konzessionsgeberin ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilhabeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse der Bietenden, bereits mit der Abgabe des Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

### **7.4 Fabrikations-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse**

Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (Neugefasst durch Bek. v. 26.6.2013 I 1750, 3245; zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.12.2024 (BGBl. I S. 400) m.W.v. 12.12.2024 haben die Verfahrensbeteiligten u. U. Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§ 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB). Nach § 165 Abs. 3 GWB haben alle Beteiligten mit der Übersendung ihrer Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend deutlich kenntlich zu machen. Fehlt eine deutliche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung der Bietenden zur Einsichtnahme im Sinne des § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.